

Sicherheit und Finanzen

Der Krieg in der Ukraine hat die ganze Welt überrascht. Von einem Tag auf den anderen ist Sicherheit zum Thema Nummer eins geworden. Als Mitglied der Sicherheitskommission (SiK) des Nationalrates nehme ich während der Frühlingssession fast täglich an Sitzungen zum Thema Sicherheit teil. Jeden Abend erhalten wir einen schriftlichen Lagebericht zur Situation in der Ukraine. Von einem Tag auf den anderen steht die Arbeit unserer Kommission im Fokus, und Bundesrätin Viola Amherd, Chefin des Verteidigungsdepartements (VBS), wird zur begehrten Interviewpartnerin der Medien. Der Krieg in der Ukraine macht die Schweizer Bevölkerung betroffen. Die Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern ist gross. Die eigene Sicherheit steht plötzlich stark im Vordergrund. Die Armee und ihr Einsatz für den Schutz und die Verteidigung der Schweiz ist gefragt denn je.

Vor 20 Jahren betrug die Ausgaben für die Armee 14,4 Milliarden Franken. Heute sind es 6 Milliarden. Über Jahre wurde bei der Armee gespart, denn ein Krieg mit Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen konnte man sich in Europa nicht mehr vorstellen. Deshalb wurde der Kredit von 6 Mia. für neue Kampfflugzeuge im Herbst 2020 nur knapp vom Volk angenommen. Dieses knappe Resultat verleitete die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), unterstützt von SP und Grünen, eine Initiative gegen die Wahl des Flugzeugtyps zu starten, in der Hoffnung, die zweite Abstimmung zur Flugzeugbeschaffung zu gewinnen. Anscheinend sind schon mehr als 80000 Unterschriften gesammelt, sodass in Kürze die für eine Abstimmung nötige Anzahl von 100000 erreicht sein werden. Es wäre zwar zu hoffen, dass aufgrund der

neuen sicherheitspolitischen Situation die Flugzeuggegner respektive Armeeabschaffer zur Einsicht kämen, dass es eine schlagkräftige Armee mit modernen Kampfflugzeugen braucht und sie deshalb die Unterschriftensammlung einstellen. Die ukrainische Regierung bittet momentan die Nato, sie mit Kampfflugzeugen zu unterstützen. Diese fast aussichtslose Situation eines Staates, der den Luftraum nicht mehr verteidigen kann, sollte für uns eine Lehre sein.

In den vergangenen Jahren wurde bei der Behandlung von Armeegeschäften von links-grünen Kreisen dem VBS vorgeworfen, es stelle zu düstere Prognosen, und seine Szenarien seien unrealistisch. Die politische rechte Seite erhebt gegen die Armeeverantwortlichen den Vorwurf, dass sie zu wenig mögliche kriegerische Auseinandersetzungen in Europa in ihre Entscheidungen miteinbezogen haben. Im sicherheitspolitischen Bericht, der notabene im vergangenen Jahr erarbeitet und in der laufenden Session verabschiedet wurde, steht jedoch wörtlich: «In einem eskalierenden Krisenfall in Europa könnte Russland an der Nato-Ostgrenze mit militärischen Mitteln Fakten schaffen.» SVP und FDP fordern ab sofort 2 Milliarden Franken mehr für die Armee. Dies erstaunt mich und ist Effekthascherei. Das Verteidigungsdepartement wurde bis Januar 2019 mehr als 25 Jahre lang von SVP-Bundesräten geführt. Sie haben die Sparmassnahmen über Jahrzehnte schrittweise vollzogen.

Rüstungsbeschaffungen können nicht von einem Tag auf den anderen beschlossen werden. Es braucht eine seriöse Analyse. Beschaffungen, die in Vorbereitung sind, könnte man allenfalls beschleunigen. Wir haben aber eine Schuldenbremse, die einge-

halten werden muss. Unser Bundeshaushalt erträgt keine finanziellen Hauruckübungen. Ich bin jedoch auch der Meinung, dass in den vergangenen 25 Jahren bei der Armee zuviel gespart wurde und ihr jetzt die dringend nötigen finanziellen Mittel wieder zur Verfügung gestellt werden müssen. Ziel sollte sein, im Jahr 2030 nicht wie aktuell 0,7 Prozent, sondern mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Armee einzusetzen. Die Nato verlangt von ihren Mitgliedstaaten, 2 Prozent des BIP der Armee zur Verfügung zu stellen. Vor 20 Jahren konnten wir es uns leisten, 1,3 Prozent des BIP in die Armee zu stecken. Die Geschichte lehrt uns, dass es auch in Europa immer wieder Kriege gibt, dementsprechend sollten wir vorbereitet sein und vorallem auch gegen das Vergessen kämpfen.



Alois Gmür

Der heutige Autor Alois Gmür gehört seit 2011 dem Nationalrat (CVP) an. Von 2004 bis 2011 war er Schwyzer Kantonsrat. Beruflich ist er Braumeister und Leiter der familieneigenen Brauerei Rosengarten AG in Einsiedeln.

Hinweis

Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzerinnen und Schwyzer. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, muss sich aber nicht mit der Redaktionshaltung decken. (red)